

Sexualpädagogik bleibt Schmutzdelthema

2011 sorgte der Basler Sexkoffer für nationale Proteste. Das Erziehungsdepartement ruderte damals zurück – mit nachhaltigen Folgen.

Maria-Elisa Schrade

Im Jahr 2011 sorgte ein sogenannter Sexkoffer, der an Basler Schulen mit Holzpenis und Plüschvulva zur sexuellen Aufklärung eingesetzt wurde, in konservativen Kreisen für derart grosse Empörung, dass es 2013 zu einer nationalen Initiative zum «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» kam. Die Angst: Kinder könnten frühzeitig «sexualisiert» und ihrer Unschuld beraubt werden.

Um das zu verhindern, sollte sich die Aufklärung von Kindern unter neun Jahren auf den Schutz vor sexuellem Missbrauch beschränken und obligatorischer Sexualkundeunterricht nur über menschliche Fortpflanzung informieren. Das mag überholt klingen. Immerhin schreibt die Weltgesundheitsorganisation eine ganzheitliche Sexualaufklärung vor, welche auch die emotionale Entwicklung fördert. Doch tatsächlich orientiert sich die sexuelle Aufklärung in Basel immer noch wesentlich an diesen Forderungen.

Leitfaden seit 2011 nicht aktualisiert

So sind zwar im Lehrplan 21 verbindliche Inhalte festgelegt, die auf eine ganzheitliche Aufklärung zielen, wie etwa zu den Themen Freundschaft, Partnerschaft, Selbstbestimmung, sexuelle Orientierung, Pornografie und Prostitution. Systematische Sexualbildung findet vor Ende der Primarstufe allerdings nicht statt, und die obligatorische Aufklärung jüngerer Kinder beschränkt sich auf einen Parcours zur Missbrauchsprävention, der einmal in der dritten Klasse durchlaufen wird. Zudem wurde der kantonale



Der Inhalt des sogenannten Sexkoffers führte 2011 zu nationalen Protesten.

Bild: Georgios Kefalas/ Keystone (24. August 2011)

Leitfaden «Lernziele sexuelle Gesundheit», welcher die Grundlage für die Umsetzung der schulischen Sexualerziehung in Basel-Stadt bildet, seit 2011 nicht mehr aktualisiert. Das Erziehungsdepartement (ED) wollte eigentlich eine neue Version in diesem Frühjahr veröffentlichen, ist aber immer noch mit der Überarbeitung beschäftigt.

Verantwortlich für die sexuelle Aufklärung sind laut ED in erster Linie die Eltern. Da jedoch nicht alle Kinder zu Hause aufgeklärt werden, fällt ein Teil dieser Verantwortung den Schu-

len und damit den Lehr- und Fachpersonen zu. Diese sollen die obligatorischen Inhalte hauptsächlich über drei verschiedene Fachbereiche hinweg vermitteln. Einige Inhalte sind auch als sogenannte überfachliche Kompetenzen festgelegt. Das hat seine Vorteile, kann aber auch zu Unsicherheit darüber führen, wer tatsächlich zuständig ist.

Geringe Nachfrage bei Weiterbildungen

Für die Umsetzung dient derzeit weiterhin der Leitfaden von 2011 unverbindlich als Grundla-

ge. Material können die Lehrpersonen beim Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Basler Gesundheitsdepartements (GD) beziehen. Die Nachfrage ist allerdings gering. Knapp zwanzig Mal pro Jahr wird zum Beispiel der Verhütungskoffer ausgeliehen.

Auch die Schularztinnen und -ärzte werden beim GD nur etwa drei- bis viermal im Jahr für sexualpädagogische Klasseneinsätze angefragt. Ähnlich gering fällt die Nachfrage bei der dreistündigen sexualpädagogischen Weiterbildung für Lehrpersonen ab der 5. Primarstufe aus, die

einmal pro Jahr und Stufe am Pädagogischen Zentrum des Erziehungsdepartements kostenpflichtig angeboten wird.

Da herrscht wohl kein Bedarf, könnte die Folgerung daher lauten. Doch dass die Rechnung nicht ganz aufgeht, zeigt zum Beispiel der Jugendgesundheitsbericht von 2022, den das Gesundheitsdepartement basierend auf Umfragen mit Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse erstellt hat. Darin geben zwar rund 90 Prozent der Jugendlichen an, sexuell aufgeklärt zu sein, aber ein Viertel glaubt auch, dass es eine Impfung

«Sexualaufklärung ist kein Nice-to-have.»

Jessica Brandenburger
SP-Grossrätin Basel-Stadt

gegen HIV gibt und ein weiteres Viertel ist sich nicht sicher. Ausserdem sagen 12,4 Prozent der Jugendlichen in der Umfrage, sie hätten noch keinen Aufklärungsunterricht erhalten. Dabei ist dieser im Lehrplan verpflichtend.

SP-Grossrätin Jessica Brandenburger ist daher überzeugt, dass es im Bereich Sexualaufklärung noch viel im Kanton Basel-Stadt zu tun gibt. Brandenburger verfolgt das Thema schon seit Jahren und hat in der Vergangenheit bereits mehrere Vorstösse zu sexueller Gesundheit eingereicht.

«Sexualaufklärung ist kein Nice-to-have, sondern ein wichtiger Beitrag zur Vorbeugung von sexualisierter Gewalt und damit zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, der sich die Schweiz verpflichtet hat», sagt Brandenburger. Die SP-Grossrätin hat deshalb eine Motion erarbeitet, die sie nach den Sommerferien einreichen möchte. Brandenburger hofft, «dass es dann endlich vorwärtsgeht in dieser Thematik.»